

VERBANDS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK AM ÜBERGANG ZUM STAATSINTERVENTIONISMUS

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I

der

Universität Zürich

vorgelegt von
BEAT R. ZIMMERMANN
von Zürich

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Erwin Bucher



PETER LANG

BERN · FRANKFURT AM MAIN · LAS VEGAS

1980

Verbands- und Wirtschaftspolitik am Übergang zum Staatsinterventionismus

VERBANDS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK AM ÜBERGANG ZUM STAATSINTERVENTIONISMUS

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I

der

Universität Zürich

vorgelegt von
BEAT R. ZIMMERMANN
von Zürich

Angenommen auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Erwin Bucher

PETER LANG
BERN · FRANKFURT AM MAIN · LAS VEGAS
1980

Teildruck:

Die vollständige Arbeit erscheint als Nr.137 der Reihe „Geschichte und
Ihre Hilfswissenschaften“ der Europäischen Hochschulschriften
im Verlag Peter Lang AG, Bern.



© Verlag Peter Lang AG, Bern 1980
Nachfolger des Verlages
der Herbert Lang & Cie AG, Bern

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung, auch
auszugsweise, in allen Formen wie Mikrofilm, Xerographie,
Mikrofiche, Mikrocard, Offset verboten.

Druck: fotokop wilhelm weihert KG, Darmstadt

INHALTSVERZEICHNIS

I.	VORWORT	9
II.	ZUR EINFÜHRUNG	13
	1. Wirtschaftsverbände und "Verbandswirtschaft", Zum Gegenstand dieser Arbeit	14
	2. Frühes Problembewusstsein: Diskussionen um die Rolle der Verbände in Staat und Wirtschaft	16
	3. Literatur / Forschungsstand	19
III.	DIE SCHWEIZERISCHE VOLKSWIRTSCHAFT AUF DEM WEGE ZUM INTERVENTIONISMUS	21
	1. Fundament des volkswirtschaftlichen Aufstiegs: die Errichtung des Bundesstaates (1848)	21
	2. Die wirtschaftliche Entfaltung im Zeichen des Freihandels	23
	3. Binnenwirtschaftliche Impulse	24
	4. Politischer und sozialer Szenenwechsel - Depression und protektionistische Wolken am wirtschaftlichen Horizont	25
	5. Ansätze zum Exekutivstaat	28
IV.	WIRTSCHAFTLICHE GRUPPENBILDUNG IM SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAAT	31
	1. Ursprünge und Wurzeln des schweizerischen Verbandswesens im besonderen: Die Vereinsfreiheit als institutionell-rechtliche Voraussetzung der (Wirtschafts-) Verbände	31
	2. "Verwirtschaftlichung der Politik" - ein alt bekanntes Phänomen	35
	3. Die Situation nach 1870 - das Auftauchen erster moderner Wirtschaftsverbände im "Zweiten Bundesstaat" im besonderen: Staatsinterventionistischer Ansatz, Verbandsbildende Faktoren ..., Neue politische Inhalte - heterogene Wirtschaftsinteressen, Die "Parteistellung in handelspolitischen Fragen" und sozialpolitische Ausmarchungen	38
	Bilanz	38
V.	ILLUSTRATION ANHAND DES SCHWEIZERISCHEN HANDELS- UND INDUSTRIEVEREINS (SHIV)	51
	1. Die Gründung	51

2. Organisatorische Straffung und Stärkung	56
3. Bilanz	66
VI. BESTREBUNGEN ZUR INSTITUTIONALISIERUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND STAAT: DAS PROJEKT EINER EIDGENÖSSISCHEN HANDELSKAMMER	77
1. Der Vorstoss Steinmann-Buchers (1875/76)	77
2. Die Motion Alfred Escher und das Projekt Rieter (1876/77)	81
3. Ein neuerlicher Anlauf (1881/82)	83
4. Würdigung	89
5. Exkurs: Bismarcks Plan eines "Volkswirtschaftsrates"	91
VII. WIRKUNGSWEISE UND EINFLUSSGEBIET DES SCHWEIZERISCHEN HANDELS- UND INDUSTRIEVEREINS UND DER KAUFMÄNNISCHEN GESELLSCHAFT ZÜRICH AM PRAKTISCHEN BEISPIEL (AUSSENHANDELSPOLITIK)	93
A. Weitgespanntes Tätigkeitsfeld	93
B. Aussenhandelspolitik als praktisches Beispiel	96
1. Erste Bestrebungen zur Zolltarifrevision (1870er-Jahre)	96
1.1. Ausgangslage	96
1.2. Die Aktivitäten des SHIV	97
2. Die Auseinandersetzungen bis zum Zolltarif von 1884	104
2.1. Die Aktivitäten der KGZ	104
2.2. Handelsverträge: Das französisch-schweizerische Abkommen von 1882	107
2.3. Revision des Zolltarifs (1882-84) Ausblick	109
3. Neues zoll- und handelspolitisches Ringen und die Partialrevision von 1887	113
3.1. Neue Tarifaufmarchungen im Zeichen einer strafferen Organi- sierung der Interessen	113
3.2. Die Bestrebungen innerhalb des SHIV: Die KGZ als Architektin der Kampfzollpolitik	115
3.3. Zollpolitische Stellungnahmen weiterer SHIV-Sektionen	120
3.4. Handel und Industrie und die Forderungen von Landwirtschaft und Gewerbe	122
3.5. Die bundesrätliche Tarifvorlage in der parlamentarischen Beratung	125
3.6. Epilog und Bilanz bei der KGZ	126

4. Die Totalrevision des Zolltarifs von 1891, der erste Referendums-	
kampf	127
4.1. Vernehmlassung zu einem Tarifwerk von besonderer Tragweite	127
4.2. Gründliche Vorarbeiten der KGZ	128
4.3. Das Gutachten der KGZ und die Tarifvorlage des Bundes-	
rates (1890)	132
4.4. Der Arbeit der nationalrätlichen Zolltarifkommission und der	
Entscheidungsanteil von Conrad Cramer-Frey	134
4.5. Die parlamentarischen Beratungen des Zolltarifs	137
4.6. Der Referendumskampf und die KGZ	141
4.7. Fazit	145
5. Ausblicke auf die Tarifrevision 1902/03	146
5.1. Der SHIV beteiligt sich anstelle der KGZ an der Tarifrevision	
Bilanz	146
C. Wirkungsweise und Einflussgebiet (Ueberblick)	148
Pressekontakte	
Kommunikationsbeziehungen zu den Bundesbehörden	
Persönliche Kontakte	
VIII. SCHLUSSWORT	155
IX. ANMERKUNGEN	159
X. BIBLIOGRAPHIE	215
XI. ABKÜRZUNGEN	221



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507223_0130

Die Auseinandersetzung um die "Verwirtschaftlichung der Politik" oder "Verpolitisierung der Wirtschaft" bildet ein Traktandum, das in der öffentlichen Diskussion unseres Landes stets aufs neue wieder aufgegriffen wird. Angesichts der Tatsache einer gemessen an der Kleinstaatlichkeit erheblichen ökonomischen Potenz der Schweiz mag die Furcht vor einem Ueberhandnehmen des Wirtschaftsfaktors, vor einem politischen Uebergewicht anonymer Wirtschaftsgruppen durchaus als verständlich erscheinen, zumal sich der Eidgenosse Machtzusammenballungen jeglicher Art gegenüber misstrauisch zeigt. Im Vordergrund der um Mythos und Realität "dunkler Mächte der Wirtschaft" mitunter recht polemisch geführten Debatten steht auch die Frage nach der Stellung und Bedeutung wirtschaftlicher Interessenverbände innerhalb der politischen Entscheidungsprozesse. Der Einwirkung dieser Verbände auf die Ausgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung ist man sich in erhöhtem Masse bewusst geworden und versucht, die Kreise und Ströme ihres Einflusses zu bestimmen.

Wer um die seriöse und möglichst emotionsfreie Erörterung dieser staats- und ordnungspolitisch in der Tat sehr zentralen Probleme bemüht ist, wer das Phänomen der "Verbandswirtschaft" systematisch erfassen will, der wird sein Augenmerk auf den entwicklungs- geschichtlichen Hintergrund richten müssen: Er wird bestrebt sein, die uns heute bewegenden Fragen im Lichte der geschichtlichen Entwicklung abzuklären. Hier nun erstreckt sich das weite Feld für die Arbeit des Wirtschafts-Historikers: Sie hat die Anfänge sowie die Entfaltung des Verbandswesens im technisch-ökonomischen und politischen Zusammenhang zu erhellen und grundlegende Erkenntnisse in die allgemeine Diskussion um die Rolle der Verbände einzubringen. Mit Bedauern gilt es indessen, in der Schweiz, "einem der verbandsdichtesten Länder" (W. Büchi), gerade auf diesem Gebiet noch immer ein offenkundig recht eklatantes Forschungsmanko zu konstatieren.

Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich dazu beitragen, diese Lücken in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung auszufüllen. Zum Ziel habe ich mir gesetzt, das Verhältnis von Wirtschaft, Politik und Staat in der Auf- und Ausbauphase der schweizerischen Industrie- und Handelsmacht zum einen und des Bundesstaates zum andern näher zu charakterisieren. Das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts erweist sich für eine derartige Untersuchung als wesentlicher Zeitraum, stellt es doch die bislang eher wenig beachtete formative Anfangsperiode eines neuen Abschnitts schweizerischer Politik dar. Zu erfragen ist: Unter welchen Konstellationen haben die Verbände damals die politische Bühne betreten - auf der sie heute so wirkungsvoll agieren - ? Welche organisatorische Gestalt und Infrastruktur haben sich die Verbände gegeben? Welche Kommunikationskanäle und Interaktionsmuster, welche formellen und informellen Entscheidungsstrukturen haben sich damals im Verhältnis Staat - Wirtschaft zu etablieren begonnen? Wie haben sich allmählich welche verbandlichen Techniken der Interessenartikulation und politischen Partizipation auf der einen Seite ausdifferenziert und wie welche legislatorischen

Entscheidungsverfahren im Bund auf der anderen? Namentlich wäre dann das Rendement der Verbandsarbeit abzuklären, d.h. der "Einfluss" verbandlich organisierter Wirtschaftskreise bei den Bundesbehörden zu gewichten – Was hat es etwa mit der Bemerkung eines Bundesrates auf sich: die Auffassungen und Gutachten des Spitzenverbandes von Handel und Industrie hätten in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten die Landesregierung bislang, 1897, "sozusagen ausnahmslos bestimmt"¹?

Um ein derart vielschichtiges und weitgespanntes Thema im Rahmen einer solchen limitierten Darstellung bearbeiten zu können, drängt sich sinnvollerweise eine Eingrenzung auf: Die Fragestellungen werden an einem konkreten Fall unter dem Aspekt der Tätigkeit des ersten modernen Wirtschaftsverbandes unseres Landes diskutiert. Mit dem 1870 konstituierten Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein (SHIV) und der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich (KGZ) als dessen Unter- verband habe ich als Forschungsobjekt eine Organisation inklusive ihre massgebliche Präsidialsektion ausgewählt, die im Zeichen eines wirtschaftlichen wie politischen Szenenwechsels im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden ist und sich dann zu einem der vier grossen Spitzenverbände der schweizerischen Arbeitgeberschaft entwickelt hat.

Die Arbeit gliedert sich im wesentlichen in vier Themenschwerpunkte: Nach einer Einführung in die Problemstellung, einigen Anmerkungen zur Verbandsproblematik, Begriffsbestimmungen, Literaturhinweisen und einem knappen Ueberblick über die Situation der schweizerischen Volkswirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, geht es im ersten Hauptkapitel darum, die Voraussetzungen und Bedingungen zu eruieren, die gerade im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (erfolgreiche!) verbandliche Zusammenschlüsse offenkundig begünstigt haben. Hierbei werden Ursprünge und Wurzeln des Verbandswesens offengelegt, Kontinuitätsansätze zu teilweise vorrevolutionären Körperschaften sichtbar gemacht. Diese Analyse wird dann im zweiten Hauptteil konkretisiert anhand der Entstehungsgeschichte des SHIV, wobei die organisatorische Konsolidierung dieses Verbandes um die Wende zu den 1880er- Jahren ebenfalls illustriert wird. In engem Zusammenhang mit der SHIV-Reorganisation, da aus Handels- und Industriekreisen weitgehend initiiert, stehen die Bemühungen um eine formalrechtliche Institutionalisierung der Informations- und Kommunikationsbeziehungen zwischen (organisierten) Wirtschaftsgruppen und staatlichen Instanzen: die Bemühungen um die Realisierung einer eidgenössischen Handelskammer; ihnen ist das 3. Hauptkapitel gewidmet. Breiten Raum nimmt schliesslich eine Fallstudie ein: Am Beispiel der eidgenössischen Zoll- und Aussenhandelspolitik von etwa 1870 bis zur Jahrhundertwende ist zu belegen, inwiefern die Dachorganisation von Handel und Industrie respektive vorerst an ihrer Statt die Kaufmännische Gesellschaft Zürich in diesem frühen Stadium ihrer praktischen Wirksamkeit die staats- und wirtschaftspolitischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse beeinflusst hat. Anhand dieser Fallstudie, die durch Streiflichter auf einige weitere Tätigkeitsbereiche des SHIV ergänzt wird, gilt es zu dokumentieren, wie SHIV und KGZ "Operationstechniken" (Karl Loewenstein) ausgebildet und verfeinert, ein Instrumentarium

ausdifferenziert haben, um die aufgrund verbandsinterner Ausmarchungen erhobenen Forderungen in relevanter Weise dem politischen System zuzuführen; wie diese Organisationen intermediäre Funktionen zwischen den ihnen angeschlossenen Kreisen der Privatwirtschaft und dem in die wirtschaftlichen Abläufe eingreifenden Staat übernommen haben. Welche ordnungspolitischen Tendenzen haben der älteste Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft und seine Exponenten hierbei vertreten? Reagierten sie strikt abwehrend auf Staatseingriffe oder begannen sie, selber interventionistisch zu denken? Neben der Erörterung solcher Einzelfragen soll das Bild von der Verbandswirksamkeit auch dadurch abgerundet werden, indem speziell immer wieder die personelle Seite der Beziehungen zwischen Wirtschaft, Politik und Staat beleuchtet, der Entscheidungsanteil zentraler Gestalten im politischen Prozess wenigstens angedeutet werden.

Nebst der verwendeten Literatur, abgesehen von einigen älteren, als Materialsammlung hilfreichen Verbandsmonographien vorwiegend wirtschaftshistorische Veröffentlichungen, Schrifttum zum Verbandsproblem, auf welches in der Einleitung noch näher verwiesen wird, stützt sich diese Arbeit namentlich auf Quellenmaterial: auf Akten des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Vorort) und der ehemaligen Kaufmännischen Gesellschaft Zürich (heute Zürcher Handelskammer) inform von (bisweilen vertraulichen) Sitzungsprotokollen, Zirkularen, Eingaben, Jahresberichten, Periodicas und dergleichen.

Grossen Gewinn zog ich aus der Benützung der Archive des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins (Zürich) und der Zürcher Handelskammer, wozu mir die Herren Dr. G. Winterberger, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Vororts und Bundesrat Dr. F. Honegger, vormals Direktor der Zürcher Handelskammer, die Erlaubnis gaben. Es sei ihnen und den für die Archiv-Betreuung zuständigen Mitarbeitern für ihr freundliches Entgegenkommen an dieser Stelle bestens gedankt. Einige Akten, die im Staatsarchiv des Kantons Zürich lagern, sind mir dort in zuvorkommender Weise zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt worden. - Persönlichen Dank möchte ich im weiteren abstaten Herrn Dr. B. Wehrli, der selber eine Jubiläumschronik über den SHIV verfasst hat und mir interessante Hinweise geben konnte, ferner Herrn K. Wild, Pressechef des SHIV, der mich ins Vororts-Archiv einführte und mir jederzeit bereitwillig Auskünfte erteilte; vor allem aber danke ich meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. E. Bucher: Er hat die einzelnen Teile des Manuskripts fortlaufend in kritischer Lektüre begutachtet und die Arbeit durch wertvolle Anregungen gefördert.

Diese Arbeit wäre im übrigen nicht zustande gekommen, ohne die Geduld und das Verständnis, welche meine Eltern ihr während der ganzen Zeit des Entstehens entgegengebracht haben.

II. ZUR EINFÜHRUNG

Die pluralistisch strukturierte demokratische Gesellschaft und der freiheitlich-liberale Rechtsstaat als ihre politische Ordnung, wie sie sich seit gut einem Jahrhundert ausgebildet haben, bedürfen organisatorischer Kräfte, die den bestehenden Meinungs- und Interessenrichtungen Ausdruck und Gestalt verleihen. Diese Kräfte wirken gleichsam als Kristallisationspunkte, ohne die die im Volk existierenden Ueberzeugungen und Anliegen unartikuliert zerrinnen würden. Sie integrieren den Einzelnen, den Bürger mit seinen Ansprüchen, Erwartungen, Forderungen in einen "sozialen überindividuellen Zusammenhang" (Jacobus Wössner) und versehen die Aufgabe eines Mediators zur im Staat zusammengefassten Allgemeinheit. Sie stabilisieren die Willensartikulierung und machen sie weniger von Zufälligkeiten abhängig.

In unserem freiheitlichen Rechtsstaat erhalten im Zeichen der Vereins-, Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit alle möglichen Gruppierungen, die sich in ihrer politischen, sozialen, ethnischen, kulturellen Umwelt zur Geltung zu bringen wünschen, Gelegenheit, sich zu konstituieren, Anhänger zu rekrutieren und miteinander in Wettbewerb um die Durchsetzung ihrer Ideen und Zielvorstellungen zu treten. Weltanschauungsgemeinschaften, Vereinigungen mit wirtschaftlicher Zwecksetzung, ferner Kirchen, religiöse Zirkel sowie zahllose weitere Institutionen mit egoistischen oder altruistischen Intentionen, kulturelle Vereine und solche der Fürsorge und Solidarität, Hobby-Clubs, kurz: Ein ganzes Kaleidoskop höchst verschiedenartiger Faktoren findet als konstitutives Element Eingang in den Prozess politischer, ökonomischer, kultureller Entwicklung.

Ein moderner französischer Staatstheoretiker, Georges Burdeau, hat darauf hingewiesen, dass sich Bürger und Staat seit dem 19. Jahrhundert auf immer breiterer Front gegenüber treten. Folglich haben seither mediative Kräfte laufend an Bedeutung gewonnen. Im allgemein-politischen Bereich sind es namentlich die Parteien, die die oben skizzierten Funktionen erfüllen, die Begegnung und Verständigung vermitteln. Je mehr der Staat seine Wirksamkeit auf wirtschaftliche und soziale Gebiete erstreckt hat, umso unerlässlicher ist es geworden, auch hier mediative Elemente einzusetzen, "damit die Begegnung zwischen Bürger und Staat auch in den wirtschaftlichen und sozialen Provinzen zu einer fruchtbaren wird" (Herbert Krüger). Genau so wie die Parteien im politisch-weltanschaulichen Raum haben sich auf letztgenanntem Gebiet, dem der materiellen Interessen, Organisationen gebildet, um die Rolle eines Zwischenglieds zu übernehmen. Mit ihnen beschäftigt sich, im Rahmen der im Vorwort explizierten Aufgabenstellung, die vorliegende Arbeit.

1. Wirtschaftsverbände und "Verbandswirtschaft", Zum Gegenstand dieser Arbeit

In der Schweiz hat sich für sie mehr im Sinne eines etwas diffusen Sammelnamens denn einer fest umrissenen Terminologie die Bezeichnung "Wirtschaftsverbände" eingebürgert. Nur ein Teil dieser Organisationen freilich verwendet für sich effektiv den Namen "Verband" (zum Beispiel: Schweizerischer Gewerbeverband). Andere firmieren unter dem Schild "Verein" (Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein), "Vereinigung" (Schweizerische Bankiervereinigung), "Union" (Schweizerische Metall-Union für den ehemaligen Schlossermeister-Verband), "Bund" (Schweizerischer Gewerkschaftsbund¹) usf.² Die Wirtschaftsverbände umfassen, wie ein bundesrätlicher Bericht konstatiert, tatsächlich eine Vielfalt, "eine Gesamtheit von Schöpfungen verschiedener Gebiete, privater, 'halböffentlicher' und öffentlicher Natur"³. Je nach dem variieren die Verbände nicht nur der Bezeichnung, sondern auch ihrer juristischen Form nach: Mehrheitlich treten sie auf als Verein nach Art. 60 ff ZGB oder als Genossenschaft. Daneben wählen sie mitunter die Form der einfachen oder doppelten Gesellschaft, der Aktiengesellschaft⁴.

Zu unterscheiden gilt es ferner zwischen den Spitzenverbänden, den grossen gesamtschweizerischen Sammelorganisationen der Wirtschaft, "die in der Bundesverfassung staatsrechtlich anerkannt worden sind" und das Recht auf Anhörung beanspruchen dürfen⁵, sowie den Einzelverbänden, den branchen- und berufsspezifisch oder regional gegliederten Gruppen. Von diesen ist "ein erheblicher Teil ... unmittelbar oder mit Umwegen einem oder mehreren der grossen gesamtschweizerischen Spitzenverbände" angeschlossen⁶.

Ganz allgemein kennzeichnet Joseph Kaiser die Funktion der Verbände, in Einklang mit unserer allgemeinen Einleitung, als "Repräsentation organisierter Interessen", Jacobus Wössner als "organisierte Interessenvertretung"⁷. (Wirtschafts-) Verbände sind demnach "Organisationen gesellschaftlicher Gruppen zur [wirtschaftlichen] Interessenvertretung"⁸. Als zweckmässig erscheint die enger gefasste Definition des Handbuchs der schweizerischen Volkswirtschaft, in der ersten Auflage unter dem Stichwort "Interessenorganisationen" aufgeführt, wo der Wirtschaftsverband bestimmt wird als: "die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte menschliche Gruppe, sei das sie verbindende nun der gemeinsame Beruf, die gemeinsame Stellung im Beruf oder die gleiche Stellung im wirtschaftlichen Prozess"⁹. Spezifisch auf die Spitzenverbände zugeschnitten, definiert sie Kurt Eichenberger als die "Angehörigen eines Wirtschaftszweiges, um die Gruppeninteressen einerseits gegenüber andern Wirtschaftsgruppen und andererseits gegenüber dem Staate wahrzunehmen"¹⁰. - Zwei Typen von Grundfunktionen, die aus diesen Begriffsbestimmungen resultieren, charakterisieren die Verbände: die Integration von Interessen und deren Repräsentation, während diese formalen durch die materiellen, sich aus der praktischen Tätigkeit ergebenden Aufgaben "ausgefüllt" werden¹¹. Diese Aufgaben leiten sich aus dem globalen Ziel der Verbände ab, die Existenz- und Erwerbssituation der Mitglieder zu verbessern oder mindestens abzusichern. Dieses Ziel kann auf verschiedenen Aktionsebenen angestrebt werden: im Sinne der Selbsthilfe im eigenen Kreis der Mitglieder¹² oder im Sinne der

Folgendes Thesenbündel bildet das Fazit dieser Arbeit:

1. (Verbandsentstehung)

1. 1. Konstitutionelle Verankerung der Vereinsfreiheit als institutionell-rechtliche Grundbedingung und Vereinheitlichung in einem nationalen Wirtschaftsraum als dem potentiellen Operationsfeld hatten um die Mitte des 19. Jahrhunderts im wesentlichen den Rahmen geschaffen, in dem sich dann, anknüpfend an teilweise vorrevolutionäre Organisationen, ein schweizerisches Verbandswesen entwickeln konnte. Nach mehr oder weniger ephemeren Verbandsgründungen in den 1850er- und 1860er-Jahren entstanden aber erst seit den 1870er-Jahren stabile Verbandsorganisationen.

1. 2. Diese sukzessive verbandsweise Organisation der Wirtschaft ist ein internationales Phänomen. Sie ist Ausdruck eines tiefgreifenden wirtschaftlich-sozialen und politischen Strukturwandels im Zeichen zunehmender Industrialisierung mit gesteigertem Bedarf nach Absatzmärkten, inter-nationaler Konkurrenz, im Zeichen eines sich entfaltenden Interessenpluralismus zwischen (und innerhalb!) sich ausdifferenzierenden Volkswirtschaften. Die verbandsmässige Durchorganisierung der Wirtschaft signalisiert global den Uebergang vom individuellen zum kollektiven Existenzkampf, sei es als spezielle Wirtschaftsgruppe, sei es - mit den stabilisierten politischen Verhältnissen (Nationalstaaten) - als Nation (Schutzzölle!).

1. 3. In der Schweiz des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts setzt der Zusammenschluss von Individuen mit identischen wirtschaftlichen Interessen ein parallel zur Konsolidierung der Staatsmacht des Bundes, zur Uebertragung neuer (wirtschaftspolitischer) Kompetenzen und Aufgaben insbesondere im Rahmen der Verfassungsrevision von 1874 sowie parallel zur allmählichen Preisgabe des frühliberalen Anspruchs der totalen Freiheit an die Wirtschaftsordnung. Mit der Abkehr vom Glauben an die Harmonie der freien marktwirtschaftlichen Kräfte, nicht zuletzt eine Konsequenz frühkapitalistischer Exzesse (Eisenbahnsektor!) und wirtschaftlicher Depressionen (abruptes Ende der Gründerkonjunktur mitte der 1870er-Jahre!), erhielt der Staat wirtschaftsregulierende Funktionen zugewiesen. Interventionen des Staates fordern, abwehren oder in bestimmte Bahnen leiten, derartigen Motiven entsprangen wirksame verbandsbildende Impulse. Zudem schuf die Einführung des Referendums einen plebiszitären Zwang zum Ausgleich, zum Einbau der (organisierten!) Interessen in die Gesetzgebung.

1. 4. Als besonders aktiv und auch erfolgreich in bezug auf die Verbandsbildung erwies sich, neben dem Gewerbe, die an der Ausgestaltung der Aussenhandelspolitik interessierte Exportindustrie. Sie wurde bereits vor der Bundesrevision und vor dem Anbruch der Depression interessenmässig durch eine Klammer gemeinsa-

mer Ziele zusammengehalten, die ausreichend fest war, um sich in einem Spitzenverband organisieren zu können: im Schweizerischen Handels- und Industrie-Verein (SHIV), der 1869/70 entstand und auch Sektionen in der Westschweiz umfasste.

2. (Verbandsstrukturen)

2.1. Wie das Beispiel des SHIV besonders eindrücklich illustriert, musste die Gründung einer gesamtschweizerischen – also nicht nur deutschschweizer Gruppen integrierenden – Wirtschaftsorganisation einer Vielzahl regionaler Egoismen gleichsam abgerungen werden.

2.2. Beim SHIV gelang es – bei allen verbindenden Elementen – erst ein rundes Jahrzehnt nach der Gründung die Mitgliedsverbände auf Reorganisationsmassnahmen (ständiges Vorortsbüro, kontinuierlichere Vorortsleitung) zu verpflichten, die den Aufbau einer tragfähigen Infrastruktur begründeten: des Masses an organisatorischer Integration, das unerlässlich war, um auf die Dauer ein erfolgreiches, weil konstantes und schlagkräftiges Wirken zu ermöglichen.

2.3. Sektionsautonomismus erwies sich auch in der Folgezeit immer wieder als virulente Kraft, die eifersüchtig über Zentralisierungstendenzen beim föderativ aufgebauten SHIV wachte. Durch (zuerst tatsächlich, später nur noch formelle) Vorortspäpaterik und durch statutarischen Minderheitenschutz war man bestrebt, das Dominieren einzelner Gruppen im Spitzenverband zu verhindern und allen Unterverbänden Bewegungsfreiheit zu sichern.

3. (Verbandspraxis)

3.2. Das delikate Nebeneinander integrativer und zentrifugaler Kräfte, das den strukturellen Auf- und Ausbau des SHIV bestimmte, machte sich auch in der Verbandspraxis geltend. Wie die Wirtschaft insgesamt und speziell die Arbeitgeberschaft, so bilden auch die im SHIV zusammengefassten Wirtschaftskreise keinen monolithischen Block, sondern ein Konglomerat gleich- und verschieden gerichteter Interessen. Die Politik des Spitzenverbandes basierte daher eher auf einem labilen Zweckbündnis vielfältiger Interessen denn auf einer stabilen Unité de doctrine.

3.2. Verfahrensmässig andauernd verfeinerte interne Erhebungen dienten jeweils dem Vorort im konkreten Fall dazu, die politische Marschrichtung des SHIV auszumachen, das heisst: die verbindenden Elemente der einzelnen Sektionsstandpunkte in ein politisches Konzept der Dachorganisation einzuschmelzen.

3.3. Wo aber, wie im hier studierten Fall der Zollpolitik, heterogene – branchen- oder/und regionsspezifische – Wirtschaftsinteressen einander allzu unversöhnlich gegenüber standen, also kein gemeinsamer Nenner zu finden war, musste der SHIV,

um die organisatorische Einheit nicht aufs Spiel zu setzen, nach aussen auf die Aggregation legislatorischer Interessen verzichten zugunsten entsprechender Aktivitäten seiner Unterverbände. Bis zur Jahrhundertwende hatte sich dann der SHIV soweit stabilisiert, dass er auch in brisanten, kontroversen Fragen seine Aggregations- und Repräsentationsfähigkeit auszuüben vermochte.

4. (Verbandseinfluss, Operationstechniken)

4.1. Wie das Beispiel des SHIV und namentlich seiner Präsidialsektion, der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich, aber ferner lehrt, verfügten Verbänden, sofern sie personell und administrativ gut organisiert waren, bereits im letzten Viertel des 19. Jh. über probate Techniken, Gesetze und Verwaltungserlasse in ihrem Sinne zu beeinflussen, ja oft sogar entscheidend mitzugestalten.

4.2. Als Techniken sind zu nennen: der gezielte Einsatz des Informations- und Intelligenzpotentials gegenüber einer bescheiden dotierten (Bundes-)Verwaltung durch Bereitstellung volkswirtschaftlich-statistischer Daten, durch Gutachtertätigkeit, Präsentation von legislatorischen Problemlösungsmodellen usf. Dies geschah aus eigenem Antrieb oder auf Ersuchen der Behörden, anfänglich fallweise, dann in regelmässiger legislatorischer Mitwirkung auf informeller wie auf formeller Entscheidungsebene (Expertenkommissionen und Parlament).

4.3. Die bisweilen formulierte These, die Verbände hätten sich erst etwa seit dem Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit kriegswirtschaftlichen Organisationen zu politisch mitbestimmenden Faktoren entwickelt, trifft demnach nicht zu.

5. (Institutionalisierung? der Beziehungen zwischen Staat und Verbänden)

5.1. Dem Bedürfnis staatlicher Behörden und der Verbandsorgane nach engen beiderseitigen Beziehungen entsprang Mitte der 1870er-Jahre das - aus Kreisen des SHIV und der KGZ lancierte - Projekt, Wirtschaftsvertreter (aus Handel und Industrie) in einer Instanz vorparlamentarischer Legiferierung zusammenzufassen: in einer amtlichen eidgenössischen Handelskammer (später wurde das Projekt um eine Gewerbekammer und eine landwirtschaftliche Zentralstelle erweitert).

5.2. Als die Realisierung dieses Projekts nach zwei Anläufen schliesslich scheiterte, fand man Ersatzlösungen in der departementalen Reorganisation der Bundesverwaltung (Verselbständigung des Handelsressorts), der unter finanzieller Bundeshilfe vollzogenen Restrukturierung der (privatrechtlichen!) wirtschaftlichen Spitzenverbände und im Ausbau der Kommunikationskanäle durch das Verfahren expertenkonferentieller Gesetzesvorbereitung und die Etablierung der Vernehmlassungspraxis.

1. QUELLEN

- Archiv des Vororts des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins: Protokolle der Sitzungen von Ausschuss (ab 1883 der Handelskammer) und Delegiertenversammlung des SHIV; unvollständig, **/teilweise auch *; Zirkulare des Vororts an die dem SHIV angeschlossenen Vereine; * / ** (hektographiert, ab 1880er-Jahre gedruckt);
- Archiv der Zürcher Handelskammer, ZHK (vormals Kaufmännische Gesellschaft Zürich): Protokolle der Vorstandssitzungen * (in fünf Bänden: 1874-79, 1880-81, 1881-84, 1885-90, 1891-...), der Generalversammlungen * und der Spezialkommissionen * (in den Bänden der Vorstandssitzungen); vollständig;
- Staatsarchiv des Kantons Zürich (StAZ): Akten betreffend den Schweiz. Handels- und Industrie-Verein * (Sign. O. 51. 1.), ab 1869/70, unvollständig, dafür inklusive Gründung; Akten zur "Zürcher Initiative betr. Errichtung einer eidg. Handels- und Gewerbekammer, 1881", *, (Sign. O. 3. 2.); Schriftstücke zur Handelspolitik (Sign. L. 74. 7.).
- Jahresberichte ** des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins (ab 1870/71), der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich (ab 1873), des Kaufmännischen Direktoriiums St. Gallen (Verwaltungsberichte, ab 1860 vorhanden); Berichte über Handel und Industrie (ab 1879);
- C. Cramer-Frey, Briefe und Schriftstücke: StAZ, ZHK, Bundesarchiv Bern.
- Die schweizerische Zollrevision, Eingabe des Vororts des schweizer. Handels- und Industrie-Vereins an das Tit. Eidgen. Zolldepartement, Basel 1876 **;
- Der neue Zolllarif, Eingabe des Vorortes des schweiz. Handels- und Industrie-Vereins an das Tit. Eidg. Finanz- und Zoll-Departement, Basel, 1877, **;
- Die Schweizerischen Zollverhältnisse, Bericht der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich über die am 5. Februar 1880 auf der "Meise" stattgehabte Versammlung Zürcher. Kaufleute und Industrieller, Zürich 1880 **;
- Die Revision des schweiz. Zolllarifs, Eingabe der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich, Zürich 1882 **;
- Zolllarifforderungen, Eingabe der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich an die h. Bundesversammlung, Zürich, 1886 und 1887 *;
- Zur Revision des Bundesgesetzes über das Zollwesen, Eingabe der KGZ an die Bundesversammlung, 1889;

* = ungedruckt; ** = gedruckt

Zur Revision des schweiz. Zolltarifs, Eingabe der Kaufm. Ges. Zürich, Zürich
1890 **;

Bundesgesetz betr. die schweiz. Zolltarife Entwurf zu einem schweiz. Zolltarifge-
setz des Vororts des schw. Handels- & Industrievereins, März 1901;
Begründung zum Entwurf, dem Handelsdepartement eingereicht im August
1901.

Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft **;

Neue Zürcher Zeitung; Die Ostschweiz

Cramer-Frey, Conrad, Gutachten der vom Regierungsrathe des Kantons Zürich
bestellten Expertenkommission für die Revision des Handelsvertrages mit
Frankreich, Zürich 1881;

- ders., Der schweizerisch-französische Handelsvertrag, Annahme oder Ver-
werfung? Zürich 1882;
- ders., Zur Zolltariffrage, Zürich 1883, ²;
- ders., Der schweizerisch-italienische Handelsvertrag, 1889;

Droz, Numa, Schutzzoll oder Freihandel? Bern 1884 (im franz. Original "Protec-
tionisme ou libre échange?" Lausanne 1883), ¹;

- ders., Essays, Berne;

Frey, Emil, Die schweizerische Handelspolitik der letzten Jahrzehnte, Sep.druck
(aus: Die Handelspolitik der wichtigsten Kulturstaaten der letzten Jahrzehn-
te, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 49. Bd., 1. Teil, Leipzig 1892),
1891, ²;

Lombard, F., Das Schutzzollsystem und die Liga gegen Lebensvertierung, Genf
1891;

Segesser, Ph. A. von, Sammlung kleiner Schriften, Bd. III, 1879;

Steinmann-Bucher, A., Ueber Handels- und Gewerbekammern im Ausland und die
Pflege der Handelsinteressen in der Schweiz, Separatum aus Jahresbericht
Kaufmännische Gesellschaft Zürich 1873/1874, Zürich 1875;

- ders., Zolltarif und Handelsverträge, Zürich 1881, ³;

Artikel aus Sammelzeitschriften, Lexika:

Bücher, Karl, Die wirtschaftliche Interessenvertretung in der Schweiz, in: Zeit-
schrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1888, pag. 346-382;

1 aus freihändlerischer Optik;

2 aus (tendentiell) kampfszöllnerischer,

3 aus schuttszöllnerischer Sicht

Eichmann, A. Handelsdepartement; Geering, T., Handelspolitik; Sprecher, H., Handels- und Industrie-Verein (Schweizerischer); in: Reichesberg, N. (Hg.), Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. II, Bern (um 1900);

2. DARSTELLUNGEN

BICKEL, W., Die Volkswirtschaft der Schweiz, Aarau 1973;

BÖHME, Helmut, Deutschlands Weg zur Grossmacht, Die deutsche Handelspolitik 1848-1881, Köln, 1966;

BOSSHARDT, Alfred, Die Aussenhandelspolitik des schweizerischen Bundesstaates 1848-1948, Sep.druck aus: Aussenwirtschaft, Zeitschrift für internationale Beziehungen, 1948, Heft 3, Bern;

- ders., Zollpolitik, in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft (Ausgabe 1955), Bd. II, 1955, pag. 673-675;

BÜRGIN, Alfred, Schweizerisches und baslerisches Unternehmertum im 19. Jahrhundert, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, hgg. vom Verein für wirtschaftshistorische Studien, Bd. 18, Zürich 1967;

CURTIUS, J., Bismarcks Plan eines Volkswirtschaftsrates, Heidelberg 1919;

DÜRR, Emil, Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik, Basel 1928;

DÜRRENMATT, Peter, Schweizer Geschichte, Zürich 1963 (seither Neuauflage, leider ebenfalls ohne wissenschaftlichen Apparat);

FISCHER, Wolfram, Staatsverwaltung und Interessenverbände im Deutschen Reich 1871-1914, in: H.J. Varain (Hg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973, pag. 139-161;

FRITZSCHE, Bruno, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Die Wirtschaftsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Die Schweiz, Vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft, 1975;

FUETER, Eduard, Die Schweiz seit 1848, Geschichte, Politik, Wirtschaft, 1928;

GAGLIARDI, Ernst, Alfred Escher, Vier Jahrzehnte neuerer Schweizergeschichte, Frauenfeld 1919;

GREYERZ, Hans von, Der Bundesstaat seit 1848, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Band 2, 1978;

GRUNER, Erich, Die Wirtschaftsverbände in der Demokratie, Erlenbach 1956;

- ders., Wirtschaftsverbände und Staat, in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bern, 90 (1954), Heft 1;

- ders., Der Einbau der organisierten Interessen in den Staat, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 95 (1959);

- ders., Die Parteien in der Schweiz, Helvetia Politica, Ser. B, Vol. IV, Bern 1969;
- ders., Politische Führungsgruppen im Bundesstaat, Monographien zur Schweizergeschichte, Bd. 7, Bern 1973;
- und Frey, K., Die Schweizerische Bundesversammlung 1848-1920, Bd. I, Helvetia Politica (ser. A, Vol. I), Bern 1966;
- GÜRTLER, Hans, Der Einfluss der Handelspolitik auf die schweizerische Inland-industrie, Liestal 1931;
- GUTERSOHN, Alfred, und WEIBEL, Jakob, Das Gewerbe in der Schweizerischen Wirtschaftspolitik, Der Schweizerische Gewerbeverband 1879-1954, hgg. im Auftrag des Schweizerischen Gewerbeverbandes, 1954;
- HAUSER, Albert, Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Erlenbach 1961;
- HAUSER, Paul, 100 Jahre Zürcher Kantonalbank, Zürich 1970;
- HIS, Ed., Geschichte des neueren schweizerischen Staatsrechts, 3 Bände, Basel 1920-38;
- HOMBERGER, Heinrich, Handels- und Industrie-Verein, Schweizerischer, in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft (Ausgabe 1955), Bd. I, 1955, pag. 618-620;
- HUBER, Hans, Staat und Verbände, Tübingen 1958;
- ders., Die Umwälzungen im Staatsgefüge durch die Verbände, in: Parteien und Verbände, Artikelreihe der Neuen Zürcher Zeitung, Zürich 1955, pag. 36-60;
- HULFTEGGER, Otto, Der Schweizerische Handels- und Industrieverein 1870-1882, Zürich 1920;
- JÖHR, Walter Ad., Wirtschaftspolitik (Gesamtüberblick), in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft (1955), Bd. II, pag. 580 f.
- ders., Schweizerische Kreditanstalt 1856-1956, Zürich 1956;
- KAEUBLE, Hartmut, Industrielle Interessenverbände vor 1914, in: W. Ruegg und O. Neuloh (Hg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, pag. 180-198;
- KOCHER, Gerhard, Verbandseinfluss auf die Gesetzgebung, in: Reihe Helvetia Politica, Ser. B, Vol. I, Bern 1972²;
- KÜNG, Emil, Parteien und Verbände, in: Parteien und Verbände, Artikelserie der Neuen Zürcher Zeitung, Zürich 1955, pag. 7-21;
- KUPPER, Walter, Die Zollpolitik der schweizerischen Landwirtschaft seit 1848, Bern 1929;
- MAURER, Ernst, Die schweizerischen Handelskammern, ihr Wesen, ihre Entwicklung, Organisation und Tätigkeit, Zürich 1924;

- MEYER, Robert P., Conrad Cramer-Frey 1834-1900, Ein schweizerischer Wirtschaftspolitiker, Bülach 1948;
- ders., Conrad Cramer-Frey, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, Bd. 21, hgg. vom Verein für wirtschaftshistorische Studien, Zürich 1969;
- MEYNAUD, Jean, Les organisations professionnelles en Suisse, Lausanne 1963;
- MÜLLER, Renate, Volk, Parlament und schweizerische Zollpolitik um 1900, Bern 1966;
- NEIDHART, Leonhard, Plebiszit und pluralitäre Demokratie, Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums, Helvetica Politica, Ser. B, Vol. V, Bern 1970;
- PEYER, Hans Conrad, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz, Vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert, in: Die Schweiz, Vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft, 1975;
- RENOLD, W., 50 Jahre Aarg. Handels- und Industrieverein 1874-1924, Sep.druck des Anhangs zum Jahresbericht der Aarg. Handelskammer pro 1924, Aarau 1925;
- RICHARD, Emil, Kaufmännische Gesellschaft Zürich 1873-1903, Zürich 1904;
- ders., Kaufmännische Gesellschaft Zürich und Zürcher Handelskammer 1873-1923, 2 Bände, Zürich 1924;
 - ders., Lebenserinnerungen, Zürich 1941;
- ROSENBERG, Hans, Interessenorganisation und wirtschaftspolitische Umorientierung im Bismarckreich, in: H.J. Varain (Hg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973, pag. 162-174;
- RUBATTEL, R., Die Beziehungen zwischen Bund und Wirtschaftsverbänden, Bericht zuhanden des Bundesrates, Sonderheft 64 der "Volkswirtschaft", Bern 1957;
- SCHMIDT, Peter H., Die Schweiz und die europäische Handelspolitik, Zürich 1914;
- SCHOOP, Albert, Johann Konrad Kern, 2 Bände, Frauenfeld 1968 und 1976;
- SCHWEIZ, Die, Vom Bau der Alpen bis zur Frage nach der Zukunft, hgg. vom Migros-Genossenschaftsbund, 1975;
- SIGNER, Hans, Die treibenden Kräfte der schweizerischen Handelspolitik, Zürich 1914;
- SPIESS, Emil, Das Werden und Wachsen des Bundesstaates und seine Entwicklung im modernen Europa, Illustrierte Geschichte der Schweiz, Bd. 3, Zürich u. Köln 1961 (Neuaufgabe 1971);
- TSCHUMI, Hans, Der Schweizerische Gewerbeverband 1879-1929, Bern 1929;
- VARAIN, Heinz Josef (Hg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973;

- WEHRLI, Bernhard, Verbandswesen, in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft (1955), Bd. II, pag. 487-490;
- ders., Aus der Geschichte des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins 1870-1970, Erlenbach 1970;
- WERNER, Josua, Die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft, St. Galler wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, hgg. von der Handels-Hochschule St. Gallen, Bd. 12, Zürich und St. Gallen 1957;

Curriculum vitae

Geboren 1953 in Zürich als Sohn des lic. rer. pol. Rolf Zimmermann und der Heidy, geb. Rückmar, durchlief ich in Frauenfeld, Winterthur und Küsnacht/ZH die Volksschulen. An die Grundschulausbildung schloss sich von 1969 bis 1973 der Besuch des Kantonalen Lehrerseminars in Küsnacht an, den ich mit der Maturität beendete.

1973 habe ich mich dann an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich immatrikuliert und die Studienrichtung eines Wirtschaftshistorikers und Politologen eingeschlagen. Abgesehen von den im Hinblick auf das Hauptfach (Allgemeine Geschichte) sowie die beiden Nebenfächer (Politische Wissenschaft und Wirtschaftsgeschichte) erforderlichen Lehrveranstaltungen habe ich ergänzend pädagogische und publizistik-wissenschaftliche Vorlesungen belegt. Einer breiteren Fundierung meines Studiums diene ferner die Teilnahme an iuristischen und ökonomischen Übungen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. - Im Frühjahr 1978 habe ich die Licentiatsprüfung abgelegt.

Dem liberalen Gedankengut verpflichtet, habe ich mich neben meinem Studium auch politisch engagiert und während einiger Jahre Vereinigungen politisch interessierter junger Leute präsiidiert. Im Jahre 1976 war ich überdies als Sekretär-Adjunkt einer Partei tätig.

Im Zeitpunkt nun, wo ich diesen Lebenslauf verfasse, betreue ich seit über einem halben Jahr ein Ressort für Oeffentlichkeitsarbeit in einem Schweizer Wirtschaftsunternehmen.

Seit 1967 wohne ich zusammen mit meinen Eltern in Küsnacht. Ich besitze das Bürgerrecht der Stadt Zürich.

Küsnacht/ZH, im Februar 1979

Beat R. Zimmermann

